

- Grundsatzbeschluss für die zukünftige Arbeit -

Perspektive der Arbeit 2010 - 2012

Arbeitsbedingungen verbessern, falsche Weichenstellungen in der Bildungspolitik verhindern, in die Gesellschaftspolitik einmischen !

Die Ausgangslage:

Die Bankenkrise hat unsere Aussage im BDV-Beschluss von 2008 noch einmal dramatisch unterstrichen, wonach *„die forcierte Strategie der neoliberalen Politik, auch bisher gesellschaftlich/staatlich verwaltete Unternehmen und Einrichtungen in verwertbares Kapital zu verwandeln und daran zu verdienen, ... die Bildungsverwaltung und die Bildungseinrichtungen unter beständigen Druck (setzt)“*. Es fehlt nicht an Kapital, sondern diesem an profitablen Anlagemöglichkeiten.

Folgerichtig baut die Bertelsmann-Stiftung ihre Tochtergesellschaft Arvato aus, mit der sie Kommunalverwaltungen zu übernehmen hofft. Aber auch andere Stiftungen, Beraterfirmen, IT-Firmen (z.B. D-21) und Banken versuchen, wenigstens Teilbereiche von Schule zu privatisieren. Anschaulich beschrieb die Deutsche Bank 2009 in einer Studie (unterstützt von der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände), wo sie die Ansatzhebel sieht:

- Abbau von staatlicher Verwaltung
- Einbindung privater Firmen/Einrichtungen bei der Schulverwaltung
- Übernahme der Zertifizierung der Schulen durch private Unternehmen
- Mehr Kooperation zwischen staatlichen und privaten Trägern, die Grenzen zu verwischen und staatliche Bildung zur allgemeinen Dienstleistung im Sinne von GATS zu machen und damit der Deregulierung zu unterwerfen
- Mehr PPP auch bei der Finanzierung von Bildungsprozessen
- Mehr IT-Einsatz in der Schule
- Mehr private Fort- und Weiterbildung.

Ganz im Dienst des Kapitals haben CDU und FDP in ihrer Koalitionsvereinbarung 2009 denn auch festgelegt:

„Wir werden die in den vergangenen Legislaturperioden durchgeführte Aufgabenkritik zur Konzentration der Landesverwaltung auf die Kernaufgaben konsequent fortführen. Landesbetriebe oder Teilbereiche werden wir dann privatisieren, wenn unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten die Leistungen im Sinne der Bürger von Privaten mindestens genauso gut oder besser erbracht werden als von öffentlichen Betrieben.“

Die Unterstützung der Ausbreitung von Privatschulen, insbesondere solchen zur Gewinnerzielung wie Phorms, zeigt eine Variante der Umsetzung dieser Koalitionsaussage.

Eine andere, und für die GEW wichtigere Variante ist die „Verbetriebswirtschaftlichung“ von staatlichen Bildungseinrichtungen mit dem vorrangigen Ziel, die Personalkosten zu senken; auch dies ein Ziel der CDU-FDP-Landesregierung:

„Wir werden am langfristigen Ziel der Reduzierung der Personalkostenquote festhalten.“ Dieses Vorhaben läuft in Hessen unter der Fahne einer „selbstständigen Schule“ bzw. von „Selbstverantwortung plus“. Dazu gehören die weitere Stärkung des Schulleiters/der Schulleiterin und seine Funktionsänderung zum Manager/zur Managerin. Dabei sind Ziele und Wege auch innerhalb der Landesregierung umstritten. Die Auseinandersetzungen laufen nicht linear ab, sondern dialektisch – und in dieser Auseinandersetzung sind die GEW, die Kollegien und ihre Vertrauensleute und Personalräte ein Einflussfaktor, den es zu stärken gilt.

Wie soll die GEW darauf reagieren?

- A) Aufgabe der GEW muss es sein, weiterhin die Gesamtzusammenhänge aufzuzeigen, an Widersprüchen und Weichenstellungen anzusetzen und nach Möglichkeit die Verbetriebswirtschaftlichung und Privatisierung von Bildung verhindern**
Wir müssen in der nächsten Zeit aber noch konkreter unsere Vorstellungen von demokratisch verfasster Schule diskutieren und ausformulieren: was wollen wir wie verändert haben und was darf auf keinen Fall verändert werden.

Die inzwischen in die öffentliche Auseinandersetzung einbezogenen Positionen der GEW zur „demokratisch verfassten Schule“ als auch zur „Rolle von Schulleitungen“ sind dabei hilfreich, sei es bei Personalräteschulungen, sei es in Veranstaltungen (wie z.B. mit dem Stadteltererbeirat), sei es in Gesprächen mit Abgeordneten usw.

Dazu werden die Veranstaltung *„Der Bluff der Kompetenzorientierung - Fortsetzung der „Frankfurter Einsprüche gegen die technokratische Umsteuerung des Bildungswesens“* am 26.06.2010 in Köln (siehe FLZ 1/10) und der Bildungskongress der GEW im Herbst 2010 sicher wichtige Impulse geben.

- B) Außerdem müssen wir die Bündnisarbeit mit Schüler- und Elternvertretungen wieder intensivieren. Denn von dort gibt es z.T. weniger Vorbehalte gegenüber einer Deregulierung durch das Kultusministerium.**

Aber auch auf der Seite der Einzelschule sollte die Zusammenarbeit mit den Schülervvertretungen und dem Schulelternbeirat verstärkt werden.

Es wird schließlich darum gehen, eine stärkere Entlastung der Schulpersonalräte zu fordern. Nach wie vor kommt der Information und Schulung der Personalräte und Vertrauensleute eine entscheidende Bedeutung zu.

Denn zentraler Hebel bei der Umsetzung der „selbstständigen Schule“ wird vermutlich die ausgeweitete Budgetierung, insbesondere beim Personal sein. Immerhin sieht die CDU-FDP-Vereinbarung eine 20%-Quote für die Umwandlung von Stellen in Geld vor.

Die Schulen werden unter verstärktem Druck kommen, mit reduziertem Budget die vermehrten Auflagen (Zielvereinbarungen, Inspektionen/ Zertifizierung/Rankings) zu erfüllen. Der Druck wird eine disziplinierende Wirkung auf die Kollegien ausüben, er wird sich in einer heimlichen Arbeitszeiterhöhung niederschlagen und darin, sich mit Hilfe des verstärkt freigegebenen Budgets Hilfskräfte einzukaufen. Die GEW-Vertrauensleute und die Personalräte werden es gegenüber einem gestärkten „Schulmanager“ schon allein wegen ihrer unzureichenden Entlastung weitaus schwerer als heute haben.

- C) Die GEW wird der Frage der Finanzen durch eine Re-Aktivierung der „Umsteuer-Kampagne“ mehr Bedeutung zukommen lassen müssen.**

Denn das „Verschuldungsverbot“, das auch per Volksabstimmung in der hessischen Verfassung verankert werden soll und die jüngst neu aufgelegte „Haushaltskonsolidierung“ werden die Probleme im Zusammenhang mit Schulbudgets weiter verschärfen. Die vorgesehene 45-Millionen-Kürzung im Bildungshaushalt ist sicher nur ein Vorgesmack.

- D) Die GEW muss auf Streikmaßnahmen vorbereitet sein.**

Was die Streikbereitschaft der beamteten Kolleginnen und Kollegen angeht, so ist es Aufgabe der nächsten Zeit, die beabsichtigten (Muster)Klageverfahren propagandistisch zu begleiten.

Denn tarifpolitisch bleibt die bundesweit in Verhandlungen befindliche Entgeltordnung auf der Tagesordnung, ebenso wie in Hessen die Arbeitszeit für Lehrkräfte und die Wiedereinführung der Altersteilzeit). Da der hessische Tarifvertrag als auch der TV-L Ende des Jahres 2010 auslaufen, steht eine Tarifrunde noch für Ende des Jahres bevor. Wie sich die TdL bzw. das Land Hessen angesichts des mageren Ergebnisses bei

Bund und Kommunen für 2010 und 2011 verhalten werden, kann nicht vorausgesagt werden.

Die Dienstrechtsreform lohnt eine intensive Auseinandersetzung, um den (für 2012 beschlossenen) späteren Eintritt in die Rente und den (von der Landesregierung im Rahmen der Dienstrechtsreform vorgesehenen) späteren Eintritt in die Pension doch noch zu verhindern.

Es ist unzumutbar, bis 67 als Lehrkraft in der Schule zu stehen oder eben weitere Abschlüsse bei Rente bzw. Pension hinnehmen zu müssen. Auch in dieser Auseinandersetzung stehen nicht zuletzt Fragen des Gesundheits- und Arbeitsschutzes auf der Tagesordnung.

E) Bildungspolitisch wird es Aufgabe der GEW sein, zu verhindern, dass unter dem Deckmantel von Inklusion der Abbau von Förderung und von entwickelten Standards betrieben wird.

In einer bildungspolitischen Debatte soll eine GEW-Position entwickelt werden, unter welchen Bedingungen Inklusion stattfinden soll.

F) Auf die Auseinandersetzung um „Bildungsstandards“ und „Kompetenzen“ bereitet sich der GEW-Bezirksverband auf seiner Klausur im Juni 2010 vor und wird geeignete Reaktionsformen entwickeln.

Für die GEW muss es darum gehen, die pädagogische Freiheit der Lehrkraft zu verteidigen und ideologischen Verengungen der Lehrerrolle und der Pädagogik entgegenzutreten.

Denn diese Auseinandersetzung wird vermutlich auch die Lehrerrolle nicht unberührt lassen. Der Lehrer als „Coach“, neue Formen von E-learning sind für die Arbeitgeberseite immer auch willkommene Mittel, eine Entlastung der Lehrarbeit vorzugaukeln.

G) Die Weiterentwicklung von integrierten Schulen und von Ganztagschulen im Rahmen der Schulentwicklung bleibt weiter Thema der Frankfurter GEW, ebenso wie der Kampf gegen die Benachteiligungen von Kindern und Jugendlichen durch Armut und Hartz IV.

H) Die Rekommunalisierung privatisierter Einrichtungen steht nach wie vor auf der Agenda der Frankfurter GEW.

I) Gesellschaftspolitisch wird die GEW weiterhin gegen die Gefahr rassistischer oder neofaschistischer Ideologien und Bewegungen auftreten und dabei Bündnisse anstreben.

Die Äußerungen von Westerwelle und Sarrazin sind eindeutiger Beleg für die Notwendigkeit.

J) Die GEW versucht, gegen eine schleichende Militarisierung durch die verstärkte Werbung der Bundeswehr in den Schulen eine friedenspolitische Initiative zu starten.

K) Die Stärkung und Aktivierung von Betriebs- bzw. Schulgruppen und von Fach- und Personengruppen ist vordringliche Aufgabe der Frankfurter GEW.